

Postfach-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die „Sächsische Elbzeitung“
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugs-Preis viertel-
jährlich 2.— M., monatlich
1.40 M., 1 monatlich 70 Pf.,
durch die Post vierteljährlich
2.10 M. (ohne Bestellgeld).
Einzeln Nummern 12 Pf.
Alle Kaiserlich. Postanstalten,
Postboten, sowie die
Zeitungsverleger nehmen Bestel-
lungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den
Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Dieke. — Verantwortlich: Konrad Mohrlauber, Bad Schandau.

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-
breitung d. Bl. von großer
Wirkung, sind Montags,
Mittwochs und Freitags bis
spätestens vormittags 9 Uhr
anzugeben. Ortspreis für
die 5 gespalt. Zeilen 20 Pf.,
bei auswärtigen Anzeigen
25 Pf. (tabellarische und
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Eingeladene“ und „Reklams“
50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen mit
sprechender Nachl.:

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Zeitungen für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen,
Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Feuer oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Verlesenen oder der Verleserungseinrichtungen) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigen-Kundenschriften: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenstraße 134; in Dresden und Leipzig: Haasenpfeiffer & Vogler, Inhaberbau und Rudolf Hoff; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Nr. 146

Bad Schandau, Donnerstag, den 5. Dezember 1918

62. Jahrgang.

Aufhebung fleischloser Wochen.

Die Bekanntmachung vom 6. November d. J. (Sächs. Staatszeitung Nr. 262) über
das Verbot des Verkaufs von Fleisch und Fleischwaren, die dem Markenzwang unter-
liegen, wird aufgehoben. In den Wochen vom 16.—22. Dezember 1918 und 6.—12. Januar
1919 wird Schlachtohleisch wie in den übrigen Wochen zur Verteilung gelangen.

Dresden, am 25. November 1918. 5384 V L A III
Arbeits- und Wirtschaftsministerium. 5375

Abgabe von Magermilch, Quark und Käse.

Vom 1. Dezember 1918 an wird das durch die Landes-Spertharte für Magermilch,
Quark und Käse gewährte Bezugsrecht auf monatlich höchstens
3 Liter Magermilch oder 300 g Quark oder 160 g Käse
herabgesetzt, damit die Landbezirke die zu dem erforderlichen Ausgleich der Verfor-
gung nötigen Quarklieferungen nach den Großstädten und sonstigen Bedarfsvorständen auf-
bringen können.

Auf die jetzt laufende Landes-Spertharte dürfen deshalb vom 1. Dezember 1918
an für jede der 4 Monatsmarken abweichend von ihrem Ausdruck nur $\frac{3}{4}$ Liter Mager-
milch oder 75 g Quark oder 40 g Käse abgegeben werden.

Dresden, den 25. November 1918. 2632 V L A V
Arbeits- und Wirtschaftsministerium. 5382
Schwarz.

Zur Beachtung für Arbeiter- und Soldatenräte.

Arbeiter- und Soldatenräte im Lande haben wiederholt eigenmächtig in die Lebens-
mittelversorgung durch Beschlagnahme von Waren, die öffentlich bewirtschaftet werden,
oder durch Unterjagung angeordneter Lieferung eingegriffen. Dieses Vorgehen stellt eine
geregelte und gerechte Versorgung der einzelnen Landestelle mit Lebensmitteln in Frage.
Es wird deshalb nachdrücklich darauf hingewiesen, daß, wie die Kommunalverbände
selbst, so auch die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, die von den zuständigen
Zentralbehörden erlassenen Vorschriften für die Volksernährung einzuschränken oder auf-
zuheben.

Dresden, am 28. November 1918. 1243 V L A Ia
Das Gesamtministerium. 5443
Buck, Fleissner, Geyer, Gradnauer, Lipinski, Schwarz.

Die roten Lebensmittelkarten Nr. 25 und 26 sind verloren
gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt.

Schandau, am 3. Dezember 1918. Der Stadtrat.

Aus Stadt und Land.

—* Durch Plakate und Handzettel, sowie durch An-
zeige in vorliegender Nummer ladet der Soldatenrat zu
Schandau alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus
Schandau und der nächsten Umgegend zu einer morgen
Donnerstag abend in Hegenbarths Sälen stattfindenden
öffentlichen Versammlung ein. Auf der Tagesordnung
steht die Klärung über die vorzunehmende Arbeiterrats-
wahl. Das Erscheinen wird allen zur Pflicht gemacht.

—* In letzter Nummer macht das Reichsbank-Direk-
torium im Anzeigentel bekannt, daß 1. die Zwischens-
cheine für die 5 proz. Schuldverschreibungen der 8. Kriegs-
anleihe umgetauscht werden können und 2. gibt es über
den Umtausch der Zwischenscheine für die $4\frac{1}{2}$ prozentigen
Schahanzweisungen Aufschluß. Wir empfehlen, die betr.
Anzeige genau zu beachten.

—* Das 16. Stück vom Jahre 1918 des Verordnungs-
blattes des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums
für die Republik Sachsen ist eingegangen und liegt
für die Mitglieder der Kirchengemeinde Schandau auf dem
Pfarramt zur Einsicht aus.

—* Das bekannte Theater der Feldgrauen hat neuer-
dings vielfach geäußerten Wünschen entsprechend eine
Opernabteilung gegründet, die besonders das Singpiel
und die Operette pflegen will. Diese neue Abteilung
wird am Dienstag, den 10. 12., abends 8 Uhr, in Hegen-
barths Sälen ein Gastspiel geben, bei der das Sing-
spiel „Trau, Schau wem“ und die Offenbachsche Operette
„Dorothea“ zur Aufführung kommen soll. Nach dem,
was wir vom Theater der Feldgrauen gesehen haben,
dürfen wir sagen, daß die angekündigte Aufführung zu
einem wirklichen Kunstgenuss sich gestalten wird. Sämtliche
Künstler und Künstlerinnen sind Berufssänger und
-sängerinnen, die auf der Höhe des Könnens stehen.
Näheres siehe Anzeige und Plakat.

—* Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium ver-
öffentlicht folgende Bekanntmachungen in der „Sächs.
Staatszeitung“: Erleichterungen im Verkehr mit Web-,
Wirk- und Strickwaren, Erleichterung der Bezugschein-
bestimmungen, Erweiterung der Freiliste und Ausführung
der Bekanntmachung über Beschlagnahme, Bestands-

aufnahme und Enteignung von Sonnenvorhängen vom
25. Juli 1918.

—* Sächsisches Staatsschuldbuch. Eingetragen waren
Ende November 1918: 3296 Konten im Gesamtbetrag
von 224 968 700 M.

—* (M. J.) Wie uns von dem zuständigen Volks-
beauftragten mitgeteilt wird, steht den A- und S.-Räten
weder zu, Fürsorgezöglinge zu beurteilen noch eine
Fürsorgeerziehung aufzuheben.

—* Postverkehr nach China. Briefe an in China
festgehaltene Angehörige der deutschen Wehrmacht können
der Auskunftsstelle vom Roten Kreuz in Dresden,
Faschenberg 3, oder der Nachrichtenstelle für Verluste
im Felde, Auskunftsstelle vom Roten Kreuz, Leipzig,
Kopfsplatz 11, zur Weiterbeförderung übergeben werden.

—* Verliere niemals den Humor. . . Im Sebnitzer
„Grenzblatt“ ist folgende Anzeige zu lesen: „Anfrage an
den Dieb, der mir mein Geld gestohlen hat. Ist es
aus Armut oder aus Rache geschehen, oder soll es zur
Unterstützung einer Familie oder Erziehung eines Kindes
dienen? Bitte um Antwort. W. Hesse.“

—* Angefrorene Kartoffeln sind ohne Nachteil ver-
wendbar, wenn sie im Haushalt alsbald nach Entnahme
einige Zeit in kaltes Wasser gelegt werden, damit der
Frost herausziehen kann.

—* Die Sammlung von Eichel- und Kastanien ist
durch verschiedene ungünstige Umstände bisher sehr be-
einträchtigt worden. Es ergeht deshalb erneut Auf-
forderung zur Sammlung dieser wertvollen Früchte. Den
Sammelern werden folgende Preise bei der Abgabe von
Laubholzfrüchten mittlerer Art und Güte bezahlt: für
waldbreite, schalentrockene Eichen 13 M. für 100 kg,
für waldbreite, schalentrockene Kastanien 10 M. für
100 kg.

—* Der Entlassungsantrag. Das Ministerium für
Militärwesen hat bestimmt, daß zur Uniform als Entlassungs-
anzug in der kalten Jahreszeit auch der Mantel oder
eine Decke gehört. Soweit der Mantel nach der bis-
herigen Vorschrift nur teilweise mitgegeben wurde, ist er
nunmehr unentgeltlich zu belassen. Auf Antrag hat das
Ministerium für Militärwesen genehmigt, daß jedem ent-
lassenen Unteroffizier oder Mann, der freiwillig auf den

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird zur allgemeinen
Kenntnis gebracht.

Dresden, am 27. November 1918. 2236 V G 2
Arbeits- und Wirtschaftsministerium. 5446

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Säbfrüchte
vom 3. April 1917 (Reichsanzeiger S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Ortskohl und Dauerweißkohl dürfen erst vom 15. Dezember 1918 ab im Gebiete
des Deutschen Reiches abgesetzt werden.

§ 2.

Zu widerhandlungen gegen § 1 werden mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.
Auch kann auf Einziehung der ohne Genehmigung abgesetzten Waren erkannt werden,
auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören
oder nicht.

Berlin, den 16. November 1918.
Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: von Tilly.

Pferdefleisch.

Morgen Donnerstag Verkauf von Pferdefleisch bei Wehner. Beliefert wird
Abschnitt II der Pferdefleischkarten Nr. 601 bis 1200.

Schandau, am 4. Dezember 1918. Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Donnerstag, den 5. Dezember:

Wild — Fleisch — bei Kopprasch von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr
auf Wildkarte und gültige Fleischkarte. Die Wildkarten Nr. 1121—1300
sind an der Reihe.

Karpfen — bei Müller — Preis 3 Mk. das Pfund. Es steht nur eine beschränkte
Menge zur Verfügung; die Inhaber der Lebensmittelmarke Nr. 4, welche
Schellfisch nicht erhielten, können von 8—10 Uhr vormittags Karpfen erhalten.
Auf den Haushalt kann nur 1 Karpfen abgegeben werden.

Quark ist bis Donnerstag abend auf Lebensmittelmarke 10 und Spertharte
abzuholen, von Freitag ab gilt hierfür die Lebensmittelmarke 9.
Schandau, am 4. Dezember 1918. Der Stadtrat.

(Fortsetzung des amtlichen Teiles in der Beilage.)

Entlassungsanzug oder einen Teil davon verzichtet, folgende
Abfindung gezahlt werden kann: 1. für den vollständigen
Anzug mit Mantel oder Decke 150 Mk., 2. für einzelne
Teile der von der Bekleidungskommission festzustellende
Abhängigkeitswert.

Hohnstein. Der Direktor der hiesigen Landes-
korrektionsanstalt, Herr Oberregierungsrat Hübner, ist
auf sein Ansuchen unterm 1. ds. Mts. in den Ruhestand
versetzt worden. — Jahrmarkt findet hier im nächsten Jahre
am 27. Januar und 10. November statt.

Königsstein. Lehrer Rißbach, der seit 1893 an hiesiger
mittlerer Volksschule angestellt ist, ist am 1. Dezember
in den Ruhestand getreten.

Pirna. Der diesjährige Christmarkt beginnt Sonntag,
den 15. Dezember, und endet Dienstag, den 24. Dezember,
abends 6 Uhr.

Sebnitz. In der von den bürgerlichen Berufs-
vereinigungen am Donnerstag in „Stadt Dresden“ ver-
anstalteten Versammlung hielt Herr Dr. Böttger von
der Gehe-Stiftung in Dresden einen Vortrag über „Das
Bürgertum nach der Revolution“. Es wurde sodann
eine Entschliessung angenommen, die sich für die Regierung
und die Nationalversammlung ausspricht. Für die Stadt-
verordnetenwahlen soll der vorläufige Bürgerausschuß
auf 25 Mitglieder verstärkt werden; falls der Arbeiterrat
zur Aufstellung einer gemeinsamen Liste nicht bereit sein
sollte, wird eine bürgerliche Liste aufgestellt werden. Die
Bildung des endgültigen Bürgerausschusses soll am
2. Dezember erfolgen. — Im Hinblick auf die vielen
anonymen Anzeigen teilt der A- und S.-Rat mit,
daß nur Anzeigen mit Unterschrift nachgegangen werden
kann.

Dresden. Zum Mord in Pieschen. Durch die weiteren
Erörterungen ist festgestellt worden, daß der Metallarbeiter
Alfred Schüller der ermordeten Frau Böge eine goldene
Damenuhr mit langer goldener, mit Schieber versehenen
Kette, sowie ein Paar kleine goldene Ohrringe mit je
einem kleinen roten Stein geraubt hat. Er trägt ver-
mutlich einen ebenfalls aus der Wohnung entwendeten
blauen Herrenanzug.

Liebertwollwitz. Die hiesige Kartoffelstockfabrik ist
abgebrannt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Ende Sowjet-Russlands?

Britische Kriegsschiffe sind unterwegs nach dem europäischen Osten — man weiß nur nicht wohin. Bald heißt es, sie wären nach Kiel oder Swinemünde bestimmt, bald rüsten Libau und Reval sich auf ihren Empfang. Wir sind ja nachgerade auf alles gefaßt, aber die Russen vertragen eine wachsende Unruhe. Und wie uns scheinen will, haben sie dazu auch alle Veranlassung. Denn dem Sowjet-Rußland, dem Rußland der WSK will die Entente jetzt offenbar ein Ende machen. Mitteleuropa liegt wehrlos zu ihren Füßen; nun soll auch in Osteuropa ausgeräumt und Ordnung gemacht werden.

Viele Umstände werden die Engländer auch in diesem Falle nicht machen. Es bedarf keiner förmlichen Kriegserklärung, keiner veralteten diplomatischen Gebräuche, sie kommen und sind eben da und werden nach dem Rechte sehen, und wer etwas dagegen einzuwenden hat, der kann mit mündlichen und schriftlichen Protesten die Luft erschüttern soviel er will. Das Programm wird durchgeführt — Lieber ohne Worte. Verdächtig klang schon vor einigen Tagen eine Reuterdepesche über Maßnahmen der Londoner Regierung zur Wahrung der britischen Interessen bei Umwälzung des Rubelkurses in den Sterlingkurs. Da wurde mit einer „vorläufigen russischen Regierung“ operiert, mit der man sich über diese Fragen verständigt habe, ohne daß doch bisher auch nur ein Sterbenswörtchen darüber verlautete, von wem diese Regierung gekommen und welcher Name und Art ihr beigelegt war. Möglich, daß damit nur die Männer gemeint waren, denen die Entente in den von ihr schon beherrschten Nordgebieten des Landes die Macht übertragen hat; aber unseres Wissens waren sie bisher niemals mit dem Ehrentitel einer vorläufigen Regierung geschmückt worden, und dann spricht die Vermutung doch auch dafür, daß Bestimmungen über Währungsfragen den Verkehr mit ganz Rußland zur Grundlage haben müssen, weil ihre Wirksamkeit sonst gar zu begrenzt und für England also ziemlich nutzlos wäre. Jedenfalls: ein Warnungs-, ein Alarmruf, der in Petersburg und Moskau schon ganz richtig verstanden sein wird. Daneben hört man plötzlich von Verhandlungen mit der norwegischen Regierung wegen Aufstellung eines Expeditionskorps von 20 000 Mann. Als Grenzschutz, wie zur Verhütung gejagt wird. Aber englischen Gewohnheiten würde es schon entsprechen, wenn sie selbst sich auf Befehl der Küsten und Häfen beschränkten, die eigentliche Blutarbeit dagegen fremden Hilfsvölkern überließen. Wohl aber spielt natürlich auch die russische Mitwirkung eine große Rolle in dem Aktionsplan zur Beseitigung der „föderativen sozialistischen Räte-Republik“. Der Hebel wird vom Süden und Südosten her angefaßt, wohin der letzte Rest des bürgerlichen Widerstandes in Rußland, gestützt auf Kosaken und freiwillige Deere, sich geflüchtet hat. Ob die Dinge dort schon bis zum Losblagen gediehen sind, ist schwer zu erkennen; der Winter wird wohl militärische Unternehmungen größeren Stils nicht gerade erleichtern. Aber in Zlatopolj soll bereits Ende November, nach einem Bericht des antilichen Degans des Petersburger Arbeiterrates, eine außerordentliche allrussische Rada eröffnet worden sein, vor der General Denikin, der Vertrauensmann der Entente, deren Bedingungen für das neu aufzurichtende Rußland dargelegt hat. Danach fordern die Westmächte einmal eine gemeinsame Vertretung Großrußlands auf dem Friedenskongress unter Ausschluß der Bolschewiki, deren Herrschaft also bis dahin beseitigt sein muß, wie überhaupt unter Ausschluß aller Organisationen, die nicht mit der freiwilligen Armee über die Unteilbarkeit Rußlands einig sind. Ferner wird verlangt die Einstellung der Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen — also Blockade auch unserer Ostgrenze, der letzten, über die England bis dahin noch nicht verfügen konnte. Dafür als Gegenleistung: Rückgabe aller von den Zentralmächten besetzten Gebiete gemäß den Grenzen von 1914, was den Polen nicht gerade angenehm in den Ohren klingen wird. Und schließlich sollen auch die Japaner im Osten nur bis zu einer bestimmten Linie an die russischen Interessen herangelassen werden. So ungefähr lautet das Programm, mit dem das antibolschewistische Rußland gewonnen werden soll.

Und zweifellos auch gewonnen werden wird. In Moskau spürt man bereits ein unterirdisches Beben, man sieht sich nach Hilfe um; vielleicht daß die Sterbestunde sich doch noch etwas hinausschieben läßt. Deshalb die krampfhaften Anbiederungen nach Deutschland hin, wo man nicht nur Gesinnungsgenossen für die Revolution, sondern auch Kampfgesossen gegen die Entente zu finden hofft. Deshalb die ungeschämte Aufkundung einer Delegation für den Delegiertentag unserer WSK, der Mitte Dezember stattfinden soll, die vom Vorwärts mit sicherem Instinkt in das Land verwiesen wird, wo der Besserwächst. Deshalb die krampfhaften Aufrechterhaltung von Beziehungen zu uns, obwohl die Reichsregierung ihrerseits diese Beziehungen ganz unmissverständlich abgebrochen hat. Das Sowjet-Rußland ist eben für jeden Kulturstaat vertragsunfähig geworden. Es muß sterben — und wehe dem Land, das sich in seinen Untergang mit hineinreißt!

Die heimkehrende Armee.

Im Westen verläuft die Räumung weiter planmäßig und in Ordnung. Der Rheinübergang ist wohl überall ganz oder beinahe vollendet und von großen Störungen ist nichts bekannt geworden.

Die Front nach der Heimat
stand Sonntag mit ihren Spitzen in der Linie Burgsteinfurt — Münster — Soest — Arnberg — Attendorn — Freudenberg — Braunsfels — südwestlich Belpar — Hanau — Darmstadt — Michelstadt — Heidelberg — Orlingen — Freisingen — Calw — Neustlingen — Sigmaringen — Tuttlingen — Engen — nordöstlich Schwaaffhausen.

Zu einem unangenehmen Vorkommnis kam es in Wanne zwischen der Bahnwache des WSK und einem aus dem Felde heimkehrenden Gardebataillon. Die Fronttruppen hatten einen Bahnposten niedergeschlagen. Darauf entwickelte sich ein Feuergefecht, wobei auch Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Dabei wurden vier Frontsoldaten schwer verletzt, die Garbisten stürmten alsdann das Amtsgelände vor dem Bahnhof. Hierbei wurde ein neunjähriger Knabe getötet, ein Garbist und ein Bahnposten verletzt.

Belgier in Aachen und Jülich.

Am Sonntag nachmittag ist Aachen von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden. Es wurde die belgische Zeit eingeführt, die eine Stunde früher ist als die deutsche und ferner bestimmt, daß alle Lokale

um acht Uhr abends geschlossen sein müßten. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße sehen lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, der vom belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ der Kommandant erklären, daß der Soldatenrat abgelehrt sei und daß von nun an in Aachen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen zwei Tage nicht erscheinen und werden dann der strengsten Zensur unterworfen. Auch in Jülich rückten Belgier ein. Der belgische Kommandant erließ die strengsten Verordnungen, die ganze Zivilbevölkerung muß die vorübergehenden Offiziere grüßen und dabei den Bürgersteig verlassen. Jede Befehlsübertretung wird mit Erschießen bedroht.

Das Schicksal der Armee Madenschen

scheint noch immer nicht endgültig festzustehen. Haupt sächlich kommen für die Behinderung des Rückmarsches rumänische Treiberereien in Betracht.

Die Waffenstillstandskommission in Spina befahte sich 1. der Sonntags-Sitzung mit der Frage der Internierung der Armee Madenschen, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Madenschen nicht interniert werden, sondern muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen. Es wurde der Antrag gestellt, die gegebene Frist zu verlängern.

Die Rumänen hatten behauptet, Madenschen hätte die Waffenstillstandsbedingungen verletzt dadurch, daß er einen neuen Krieg auf rumänischem Boden begonnen hätte. Das ist unrichtig. Nach ehe der Waffenstillstand bekannt war, wurde der Befehl zur Räumung Rumäniens gegeben. Die deutsche Verteidigung bezweckte ausschließlich, den Abtransport der Behörden und den Rückzug der Armee zu sichern. Am 11. November, dem Tage des deutschen Waffenstillstandes, hatte die Entente bereits seit zwei Tagen die Offensive an der Donau aufgenommen und den Strom überschritten. Hätte sie den Abbruch des Waffenstillstandes und die an allen Orten Rumäniens an diesem Tage nachdrücklich in Gang befindliche Räumung abgewartet, so wäre jeder kriegerische Konflikt vermieden worden. Die Reichsregierung hat bisher nur von dem Ultimatum an die Armee Madenschen zur Räumung Rumäniens vom Tage vor dem allgemeinen Waffenstillstand Kenntnis erhalten. Von einer tatsächlichen Kriegserklärung Rumäniens, das sich während der Besetzung ausdrücklich als neutralen Staat bezeichnet hatte, ist nichts bekannt. Drei Infanterieregimenter der Heeresgruppe Madenschen sind in Dörberg eingetroffen.

In der Ukraine alles wohl.

Zur Beruhigung aller Angehörigen der Okkupations-truppen aus der Ukraine, besonders aus der Umgegend von Odessa, kann mitgeteilt werden, daß nach einem Funkbericht des Etappenkommandos 31 dort alles wohl auf ist. Nirgends ist die Ruhe gestört. — Das Etappenkommando 31, die zweite schwere Funkabteilung Oberst, Stabsstab 547, leichte Munitionskolonnen 807, 979, 1025, Feldbäckereikolonnen 1/2, 224, 305, Platzüge 19 und 153, werden demnächst in die Gegend Preß-Litowsk und dann in die Heimat befördert. Auch die Panzer bei der Funkarostation Nikolajew sind wohl auf.

Heimkehr aus dem Osten.

Bilder von dem Rückmarsch unserer Krieger.

Die deutsche Westfront steht ganz und gar schon auf heimatischem Boden. Aber auch im Osten sind unsere Heereskörper in Bewegung gekommen und streben dem Vaterlande zu. Anschauliche Schilderungen über den Heimzug finden sich in der Wilnaer Feldzeitung „Wacht im Osten“. Da liest man:

Graue Schlangen von Soldaten, Kraftwagen, Planwagen, Karren, Feldgeschossen, Feldpost, Telegraphen- und Gerätschaftswagen bewegen sich seit Tagen, Stunde auf Stunde, durch unsere Straßen. Ein Riesenhoch, eine Flut von Soldaten und Offizieren aller Truppenteile! Riesenautomobile, die zu ganzen Bohlen, Schlaf- und Arbeitsräumen ausgebaut sind, rumpeln dahin. Angefüllt mit Mannschaften und Offizieren, mit Beamten und Bestmännern von den Etappen, aus Schreibstuben, fliegenden Post- und Telegraphenämtern. Dazwischen merkwürdig lange hohe Automobile mit der weiblichen und männlichen Kriegsarbeiterkraft aus Gruben und Höchöfen. Wirtschaftsautos, die wie rollende Bauernhöfe aussehen, fallen auf. Auf ihnen sitzen und stehen Soldaten, die Schweine und Federvieh aus Unterständen und vom Kriegslagerplatz mit sich führen. Säcke mit Kartoffeln und Hülsenfrüchten, große Koffer mit frischgekochter Marmelade, Körbe voll Obst, kleinen Ziegen- und Kaninchenfläßen, ein Hundezwinger, alles was sie um sich gehabt, das führen sie mit in ihre Heimat. Sanitäter auf Ambulanzgeschosse mit ihren Ärzten und Schwestern, mit Feldgeschützen und Leichtverwundeten färchen das Bild. Krankentransportwagen auf weichen Gummirädern, Karawanen von Note-Kreuz-Autos rollen vorüber. Feldapotheken, Marktensbereien mit hastig aufgeladenen Tausenderlei und Radfahrkolonnen überholen sie. Unaufhörlich fahren und ziehen sie dahin, unsere Truppen, die nach Hause streben.

Aus den Chauffeursfragen die Führer der Autos nach der Fahrt- und Begrüßung. Dazwischen kommen Einzeltruppen daher. Sanitäter mit ihren Hunden, deren viele am Sattel ihr eigenes kleines Gepäck tragen. Randes Dundevieh lahm wie sein Herr, manches ist verbunden und eist doch, als wittere es einen warmen Ofenplatz. Dann die Strafgeschlagenen mit Saß und Raß aus den Frontgräben. Sie sehen schmutzig und zerissen aus, aber auch sie schreiten, heimwärts strebend, eilig aus. Still, ganz still, doch nicht niedergeschlagen, kommen die Fußsoldaten, die an der Grenze gelegen und auf eigenen Füßen den Heimweg antreten. Staubig, bepackt sind sie, viele tragen den Arm in der Binde oder den Hals verbunden. Auf Steden geschliffen, ohne die Strahengänger zu beachten, ziehen sie dahin. Nicht besetzt sehen sie aus, nur todesmatt, schweigend. Ein Regiment in geschlossenem Zuge rückt ein. Einige treiben Schweine und Rinder vor sich her, andere führen ihr Federvieh in Käfigen, mit dem Schild „zu verkaufen“, mit sich.

Pferdegepöhl lenkt den Blick auf ein neues Bild. Vor altmodischen Rutschen und urdäerlichen Halbhaufen, die unter Kriegsfuß wie versteinerte Gefährte aussehen, sind drei und vier Säule gespannt. Ein Omnibus, hoch bepackt, ein Kommandantenwagen mit Kriegsgerät, auf der Höhe ein Soldat mit einer Pflanzharmonika schliessen den Zug. Mann und Gefährt, alles muß zum Arbeiter- und Soldatenrat, der im Rathaus sein Quartier aufgeschlagen hat und Passagier- und Entlassungspapiere ausstellen muß. . . . Bornehme Autos lupen vorbei mit Offizieren in Belgien und stillen, ersten Weltkrieg. Und die Bevölkerung blüht schweigend in das ewig wechselnde Kriegsbild. Keine grüßende Hand, kein grüßendes Wort . . .

Unerhörte Forderungen der Feinde.

50 Milliarden für Frankreich und Belgien.
Rotterdam, 3. Dezember.

Nach Meldungen aus London stellen unsere Feinde geradezu unerhörte Forderungen, die auf die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands hinauslaufen und mit einem sogenannten „Reichslied“ nichts mehr gemeinsam haben. Wie verlautet verlangen sie:

1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf rund 50 Milliarden Mark berechnet.
2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.
3. Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffbau geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren, oder daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die britischen oder anderen Kauffahrteiflotten gebaut werden.

Außer dem Schadenersatz an Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen. Auch sollen wir unseren gesamten Goldbestand an die Feinde abliefern. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen. — Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gutzumachen.

Wilson und die Seepolizei.

Aber Wilsons Pläne verlauten jetzt Einzelheiten. Danach will er eine Seepolizei zur See schaffen, an der sich alle internationalen Seemächte beteiligen sollen. Den Kern dieser Polizeiflotte sollen die ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe bilden. Eine englische Stimme äußert sich hierüber folgendermaßen: Zwei Punkte stehen fest, der Völkerverbund und die freie See. Hierüber werden vielleicht zwischen Wilson und den Alliierten Meinungsverschiedenheiten bestehen, aber diese hofft man, bald beheben zu können, ebenso wie eine Anzahl strittiger handelspolitischer Streitfragen. Aber die Dauer des Friedenskongresses verlautet in London, daß dieser etwa in sechs bis sieben Wochen beendet sein werde.

Fochs Ultimatum verlängert.

Das linksrheinische Verkehrsweisen.

Der Vorschlag der deutschen Waffenstillstandskommission, Deutschland wolle bis 1. Februar alle in Reparatur befindlichen Lokomotiven ausliefern, wobei die in Belgien und Nordfrankreich beschlagnahmten deutschen Lokomotiven in Anrechnung gebracht werden sollten, ist von französischer Seite ohne Widerspruch entgegengenommen worden. Es darf daraus gefolgert werden, daß das Ultimatum hinsichtlich der Angelegenheit verzichtet werden wird. Die französische Antwort steht noch aus. Auf Anordnung des Marschalls Foch ist der Direktor des Verkehrswezens in Köln zu einer Sitzung eingeladen, um über den gesamten Verkehrsdienst in dem von den Alliierten besetzten Gebiete und über die damit zusammenhängenden Angelegenheiten Auskunft zu erteilen. Der Termin für die Internierung der Armee Madenschen ist auf Bitte der deutschen Waffenstillstandskommission um zwei Tage verlängert worden.

Die Entente und Wilhelm II.

Welche Maßregeln etwa gegen den ehemaligen deutschen Kaiser zu treffen seien, das ist eine Frage, die im feindlichen Lager immer noch eifrig behandelt wird. So hat jetzt das englische Kriegsministerium die Sache untersucht und ist zu folgendem Entschluß gelangt:

1. daß es in der Befugnis der alliierten Regierungen liege, die Auslieferung des Kaisers zu fordern,
2. daß die englische Regierung alle notwendigen Schritte tun werde, um seine Auslieferung zu erlangen,
3. daß, wenn seine Auslieferung feststehe, der Kaiser sich vor einem Gericht zu verantworten haben werde.

Es wird weiter mitgeteilt, daß das Ministerium keine Schritte ergreife, ehe es sich mit den anderen alliierten Regierungen beraten habe. Es wird jedoch nicht daran gezweifelt, daß die französische und die italienische Regierung dieser Politik zustimmen. Von Wilson wird berichtet, daß er in der ganzen Kaiser-Angelegenheit größte Milde walten lassen will und nicht für Nachmaßregeln ist.

Die Kosten der feindlichen Besatzung.

Nach dem Waffenstillstandsvertrag müssen wir auch die Kosten der feindlichen Besatzung tragen. Diese sind gar nicht unerheblich und müssen kurzfristig bezahlt werden. General Nibent hat der deutschen Kommission eine Note überreicht, in der für die englischen Besatzungstruppen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die amerikanischen 54 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen ist in Dänen, weitere 30 sind am 12. Dezember in Wln abzuleisten. Forderungen über weitere Kosten der Besatzung werden noch bekanntgegeben werden.

In Aachen machen sich die belgischen Truppen sehr unbeliebt. Wenn belgische Offiziere kommen, müssen alle Bürger vom Bürgersteig treten und die Köpfe entblößen. Geschieht das nicht sofort, so schlagen diese Offiziere gleich mit den Reitweiffischen drauf los.

Kämpfe zwischen Madenschen und Tschechen.

Nach Meldungen aus Budapest kam es in Neudorf zu einem Kampf zwischen Tschechen und deutschen Truppen, als erstere einen gerade eingegangenen Personenzug ausplündern wollten. Ein Gegenzug mit deutschen Soldaten der Armee Madenschen war gerade eingelaufen. Es kam zu einem Kampfe zwischen Deutschen und Tschechen, der drei Stunden dauerte. Schließlich wurden die Tschechen vertrieben. Später traf auch eine ungarische Verstärkung ein. In der Nacht rückten die tschechischen Truppen wieder in Marchegg ein und besetzten den Ort. Kurz darauf stellte sich ihnen ein Bataillon der deutsch-österreichischen Volkswehr entgegen und vertrieb die Tschechen wieder.

Friedensschluß im Frühjahr.

Vor seiner Abreise nach Europa hat Wilson sich mit einer Volksschaft an beide Häuser des Kongresses gewandt. Er sprach die Hoffnung aus, daß er formell den Friedensschluß für das Frühjahr ankündigen könne. Er gehe persönlich nach Europa, damit die Ideale, für welche die amerikanischen Soldaten gekämpft haben, auch verwirklicht

werden. Das neue große amerikanische Flottenprogramm unterstüzt er, weil er es für unternünftig halten würde, wenn Amerika sich in seinem Flottenprogramm einer zukünftigen Weltpolitik schon jetzt anpassen würde, da über diese Weltpolitik noch keine Entscheidung getroffen ist.

Verschiedene Meldungen.

Zwei Brücken, 3. Dez. Nach dem Einrücken französischer Truppenabteilungen, unter denen sich auch Farbig befanden, wurde die Stadt unter französisches Oberkommando gestellt.
Spaa, 3. Dez. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat unter Bezug auf Vorgänge in Aachen, wo ein belgischer Offizier jeden Telefonverkehr abgestellt, ersucht, daß die betreffenden eine Verordnung erlassen möchten, durch die derartige Beeinträchtigungen des deutschen Verkehrsnetzes verhindert werden.

Rehl, 3. Dez. Aus Straßburg meldet Dadas: Eine Ministerialverordnung erließ zugunsten der Elsaß-Lothringer das deutsche Münzsystem durch das französische, zum Kurs von 1,25 Frank die Mark.

Französische Schandtaten in der Pfalz.

Energetische deutsche Proteste.

Berlin, 3. Dezember.

Frankreich, das immer noch nicht aufhören kann, sich über angebliche deutsche Greuel in Frankreich und Belgien zu entrüsten, kümmert sich selbst nicht im mindesten um Gütigkeit, Recht und Kultur. So haben schwarze französische Truppen nicht nur schon vor der Zeit Teile der Pfalz besetzt, sondern dort auch die größten Sittlichkeitsverbrechen begangen. Dagegen wendet sich eine deutsche Note, in der es heißt:

Die Regierung verwahrt sich entschieden dagegen, daß zur Besetzung deutschen Gebietes farbige Truppen verwendet werden. Es handle sich hier nicht um erobertes Land. Deutschland fordert, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes innegehalten werden, zumal, da in Aussicht genommen sei, nach dem Friedensschluß einen Völkerbund zu gründen.

Ferner erhebt die deutsche Regierung Einspruch gegen die von Foch für etwa zehn Tage angeordnete Sperre von Elsaß-Lothringen, der Pfalz und Luxemburg sowie die damit verbundene Einbeziehung von Saarbrücken, Saarlouis und der Saarbergwerke. Das sei alles geschehen entgegen den Vertragsbestimmungen und den ausdrücklich gegebenen mündlichen Zusicherungen.

Das Siedlungsland für Krieger.

Hunderttausende von neuen Bauernstellen.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts Bauer sagt in einem Aufruf an die heimkehrenden Landarbeiter und an alle, die vor dem Kriege auf dem Lande tätig waren:

Geht nicht in die Städte und Industriebezirke! Dort fehlt es an Wohnungen und ist die Arbeitslosigkeit schon wegen der mangelnden Rohstoffe knapp. Auf dem Lande ist eine durchgreifende Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Gange. Mehrere Millionen Hektar — Raum genug für Hunderttausende von selbständigen Bauernstellen — werden unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen großen Berufsverbände zur Besiedlung bereitgestellt werden. Das Werk wird so schnell vollendet werden wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Bau-, Transport- und Geldverhältnisse es gestatten; bis dahin findet Ihr auf dem Lande Unterkunft und lohnende Beschäftigung.

Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, für die Herstellung der nötigen Wohnungen in angemessener Frist Sorge zu tragen und Bachtand für den Haushaltsbedarf zu beschaffen. In allen Provinzen und Bundesstaaten erteilen die Siedlungsgesellschaften, Gewerkschaften oder Arbeitsnachweiskstellen Auskunft. Wie auch in dem Aufruf Hindenburgs in gleicher Angelegenheit gesagt wird, sollen Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker mit billigen öffentlichen Gelde angesiedelt werden. Auch an städtische Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende richtet sich die Aufforderung des Reichsarbeitsamts.

Wer sich auf die Landwirtschaft versteht, oder willens ist, sie zu erlernen, sollte, wenn irgend möglich, auf das Land zurückkehren. Bis neue Wohnungen gebaut sind, werden sich viele behelfen müssen, so gut es geht. Da aber unter Mitwirkung der großen landwirtschaftlichen Berufsverbände das großartige Siedlungswerk in die Wege geleitet ist, so kann der arbeitswillige Mann auf dem Lande ein besseres Auskommen erwarten als in der Stadt mit ihrer vielfach darniederliegenden Industrie; er hat die Aussicht, sich auf dem Lande ein eigenes Heim zu erwerben. Viele können darauf rechnen, allmählich zur vollen wirtschaftlichen Selbstständigkeit aufzusteigen.

Konferenz der deutschen Regierungen.

Eisner lenkt ein.

München, 3. Dezember.

Zu einer Konferenz der deutschen Regierungen fordert der bayerische Ministerpräsident Eisner die Reichsregierung auf. Eisner wünscht, daß diese nach Viena oder einem andern zentral gelegenen Ort einberufen wird, in der eine programmatische Rundgebung der äußeren und inneren Politik zu vereinbaren ist. Zu den unerlässlichen Programmpunkten, sagt Eisner weiter, gehören die Fragen der Nationalversammlung, die Befetzung des Auswärtigen Amtes in Berlin und die Aktienveröffentlichungen. Die Konferenz soll, je nach der Größe der Bundesstaaten, aus 1 bis 3 Mitgliedern zusammengesetzt werden.

Gleichzeitig gab Eisner namens der bayerischen Regierung eine Erklärung ab, in der er sich zur Schaffung eines föderativen Staatswesens, damit also zur Reichseinheit bekennend und weiter u. a. sagt: Die Volksregierung Bayerns bekämpft einmütig die Methode des Terrors und der privaten Expropriation, wie sie auch unter den heutigen Verhältnissen eine sofortige umfassende Sozialisierung der Produktion nicht für möglich hält. Die Volksregierung Bayerns wird ihr Versprechen, eine Nationalversammlung so rasch wie möglich einzuberufen, erfüllen. Entgegen umlaufenden Gerüchten erkläre ich, daß der Ministerrat mich zu Friedensbemühungen ermächtigt hat. Schließlich ist der Ministerrat des Volksstaates Bayern durchdrungen von der Notwendigkeit, daß sich alle Regierungen Deutschlands unverzüglich auf ein festes Programm der äußeren und inneren Politik vereinigen. Aus dieser Erwägung heraus richtete Eisner das Verlangen nach einer Konferenz der deutschen Regierungen an die Reichsleitung. Die bayerische Presse begrüßt mit Genugtuung, daß Eisner eingelenkt und sich endlich den vernünftigen Anschauungen der übrigen Mitglieder des Kabinetts untergeordnet habe.

Berliner Bolschewisten.

Vorkommnisse in einer Reutköllner Fabrik.

Berlin, 3. Dezember.

Die Hebezeugfabrik F. Biechapel in Reutkölln (Berlin), die etwa 730 Arbeiter beschäftigt, hat bei der Revolution, wie alle Fabriken, einen Arbeiterrat erhalten, welcher der Geschäftsleitung beigegeben wurde. In den letzten Tagen hat sich der Sprecher des Arbeiterrats, der 21jährige Otto Fischer, zum Gewaltherrn des Betriebes aufgeworfen. Am 25. November wurden alle Betriebe stillgestellt, um verschiedene Forderungen durchzubrüden.

Auf den Protest eines der Inhaber wurde diesem erklärt, daß die Werke nicht mehr unter seiner Leitung ständen. Der Arbeiterrat Fischer besetzte die Büroräume, ließ den Profuristen überwachen und verlangte Öffnung des Geldschrankes. Als dies verweigert wurde, drohte Fischer den Tresor zu sprengen, wenn der Profurist bis 6 Uhr abends nicht nachgeben würde. Herrn Biechapel wurde mitgeteilt, daß er von seinem Bureau aus weder geschäftliche noch private Gespräche führen dürfe, da die Telefonzentrale vom Arbeiterrat besetzt sei. Ferner verkündete Fischer, daß er die Depositionskasse 10 der Deutschen Bank veranlassen werde, das Dankkonto der Herren B. zu sperren. Trotz Einschreiten des Vollzugsrates blieb alles wie zuvor. Die beiden Inhaber der Fabrik wurden schließlich mit Gewalt und unter den größten Beschimpfungen aus ihrem Betriebe entfernt, Schräake mit Gewalt geöffnet usw. Erst am 27. November wurden auf ausdrücklichen Befehl des Vollzugsrats die Militärposten zurückgezogen. Die Geschäftsinhaber haben sich an den Staatssekretär Scheidemann mit der Bitte um Beilegung der anarchischen Zustände in ihrer Fabrik gewendet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In einer Forderung an die Regierung wendet sich der Groß-Berliner Vollzugsrat gegen Solf und Erzberger und zwar in Gemeinschaft mit dem bayerischen Vollzugsrat. Verlangt wird: 1. daß die vom Vollzugsrat bereits gestellte Forderung des sofortigen Rücktritts von Solf schleunigst erfüllt wird; 2. daß an Stelle von Solf ein Mann tritt, der stets Gegner des alten Systems und der Kriegspolitik war; 3. die Zusicherung, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt.

+ Zu dem geplanten Zusammenschluß von bürgerlichen Parteien wird von unterrichteter Seite gemeldet, daß die Verhandlungen über die Vereinigung der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei zu einer vollen grundsätzlichen Verständigung geführt haben.

+ Ein neuer Protest des Reichstagspräsidenten Febrbach ist bei der Reichsleitung eingegangen, weil

diese verfügt hat, daß an die Reichstagsabgeordneten nach dem 1. Dezember keine Diäten mehr ausgezahlt werden sollen und die Abgeordneten ihre Eisenbahnfahrkarten abliefern müssen. Febrbach sagt in seinem Protest: „Der Reichstag ist nicht aufgelöst, und ich protestiere namens des Reichstags gegen diese Gesetzmäßigkeiten. Die Regierung ist auch nicht berechtigt, dem Reichstagsbureau mit Untergang des Präsidenten Befehle zugehen zu lassen. Ich habe dem Bureau verboten, der jetzigen Verfügung nachzukommen.“

+ Die Reichsregierung verlangt eine möglichst schnelle Einstellung aller Rüstungsarbeiten. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte in vollem Umfange weiter zu beschäftigen, wenn die Rüstungsarbeit plötzlich vollkommen eingestellt wird, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind, so müssen die Heeresaufträge teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeiten werden ebenso wie die bereits ordnungsmäßig abgelieferten Gegenstände seitens der Heeresverwaltung bezahlt. Hierüber bestehende Zweifel haben zu Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen geführt, die besser vermieden worden wären.

+ Das Kriegsministerium in Berlin hat einen neuen, außerordentlich energischen Erlaß an die USA gegen die Verschleuderung von Kriegsgerät durch verbrecherische Heeresangehörige gerichtet. Auch das Publikum sollte, mit Rücksicht auf die strengen Strafen, die ihm drohen, sich von dieser Verschleuderung endgültig fernhalten.

+ In Kreuznach tagte eine große Kriegerversammlung, die flammenden Protest gegen eine etwaige Trennung der linksrheinischen Gebiete vom Reich erhob. Die linksrheinische Bevölkerung, wurde in der Versammlung ausgeführt, ist der Meinung, daß jede Art der Loslösung, möge sie in französischer Aneignung oder in der Bildung eines selbständigen Staatswesens bestehen, das größte Unglück für das betroffene Land wie für das gesamte Vaterland bedeuten würde. Innerlich werde sich die Bevölkerung niemals mit einer so veränderten Sachlage abfinden.

+ Staatssekretär Dr. Solf nimmt Veranlassung, die Dankeschuld an die Deutschen in den Reichslanden besonders zu betonen. Er behauptet mit Entschiedenheit, daß die deutsche Verwaltung in Elsaß-Lothringen immer gut gearbeitet und viel Erprobliches geschaffen habe. Von ihren engeren Landeskuten verkannt, sagt Solf, ja selbst bedroht, haben sie als Sachwalter des vielgeschmähten Deutschlands ihre ganze Persönlichkeit für die deutsche Sache eingesetzt, haben sie eingeseht in oft schwieriger Lage, treu und unbeeinträchtigt. Die heutige wie jede kommende Regierung wird ihnen eine herzliche Aufnahme bereiten, wenn sie wünschen sollten, sich in anderen deutschen Gauen einen neuen Herd zu gründen.

+ Über das Waffenlager in der Berliner russischen Botschaft wird amtlich mitgeteilt, daß sich die frühere russische Botschaft nicht nur die Verbreitung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen hat angelehen sein lassen. In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, hat ein Mitglied der Mission ein Bündchen mit Papieren liegen lassen. Darin befanden sich 21 Rechnungen über Ankäufe kleiner Mengen von Waffen und Munition. Sie erstreckten sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober d. J. und lauten auf insgesamt 150 Mauerpistolen, 28 Browning- und 23 Parabellumpistolen, nebst etwa 27 000 Patronen für insgesamt 105 000 Mark.

Großbritannien.

* Die hiesige Presse nennt unsere Noten sehr geschmackvoll „deutsche Jammerbotschaften“ zur Erzielung günstigerer Bedingungen und kommt dabei auch auf den Fürsten Richnowsky und seine Veröffentlichungen zu sprechen, von denen sie behauptet, daß er seine Memoiren auf Betreiben der deutschen Regierung geschrieben habe. Die Unverschämtheit Richnowskys übertreffe noch die von Solf.

Frankreich.

* Scharfe Stellung gegen den französisch-britischen Sondervertrag nimmt die Pariser sozialistische Presse, weil er ohne Vorwissen der beiderseitigen Parlamente abgeschlossen worden ist und überdies einem der Hauptgrundsätze Wilsons widerspricht. Humanität erklärt, der Kongreß der Internationale werde trotz aller Hindernisse ausammentreten.

Berlin, 3. Dez. Sämtliche Europäer in Deutsch-Ostafrika und die Angehörigen der Schutztruppe sind vom 15. Dezember ab zur Rückreise nach Deutschland bereit.

Berlin, 3. Dez. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Duard ist zum Beigeordneten im Reichsamt des Innern ernannt worden und hat gleichzeitig den Auftrag erhalten, im Auswärtigen Amt gemeinsam mit Kautsky die Prüfung der Archive vorzunehmen.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918, abends 8 Uhr,

findet in

Hegegenbarths Sälen in Schandau

eine

öffentl. Versammlung

statt, zu welcher alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von Schandau und den nächstliegenden Ortschaften eingeladen werden.

Tagesordnung: Aufklärung über die vorzunehmende Arbeiterratswahl.

Pflicht eines jeden ist es, in der Versammlung zu erscheinen.

Soldatenrat Schandau.

Straßner. Thieme.

Berlin, 3. Dez. Der Departementsdirektor des Kriegsministeriums, Generalleutnant Freiherr v. Langemann ist auf sein Abschiedsgesuch zur Disposition gestellt worden. Mit seiner vorläufigen Vertretung ist Oberst Graf Schmettow betraut.

München, 3. Dez. Das bayerische Nationalparlament wird voraussichtlich am 9. Dezember zusammentreten.

Kiel, 3. Dez. Auf eine Anfrage ist von der englischen Flottenleitung folgender Einspruch an das Kommando der deutschen Hochseeflotte eingetroffen: „Die Marinekommission der alliierten Flotten ist nicht beauftragt, mit

dem Arbeiter- und Soldatenrat oder dessen Vertretern zu verhandeln.“

Köln, 3. Dez. Wegen die Aufhebung der geistlichen Ortschulinspektion hat der Erzbischof von Köln bei der Regierung Einspruch erhoben.

Leipzig, 3. Dez. Der Leipziger VSM hat in einer Sitzung beschlossen, daß das Hauptquartier aufgelöst und Hindenburg verhaftet werden solle.

Thorn, 3. Dez. Der Reichstagsabgeordnete Leon v. Czarnik ist 83jährig gestorben. Der Abgeordnete vertrat den Posener Wahlkreis Birzig-Schubin

Sonn, 3. Dez. Die Abdankungsurkunde des deutschen Kronprinzen wird jeden Augenblick erwartet. Wie verlautet, dankt er nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

Basel, 3. Dez. Der Schweizer Bundespräsident Müller verzichtete auf die ihn treffende Wahl zum Bundespräsidenten für 1919; infolgedessen wurde der Genfer Bundesrat Ador der nächste Präsident, was eine Konzeilion an die Westschweizer darstellt.

Zebastopol, 3. Dez. Die alliierten Geschwader beschlagnahmten fünf deutsche Unterseeboote und vier Handelschiffe.

Montag nachmittag 5 Uhr verschied sonst nach langen, schweren Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Onkel

Gustav Hermann Proke,
Kapitän a. D., Inb. des Albrechtskreuzes,

im 68. Lebensjahre.

Krippen, den 3. Dezember 1918.

Die trauernde Gattin Marie Protze
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 1/3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste meiner lieben Gattin, unserer guten, treusorgenden Mutter,

Frau
Minna Wiltzsch,

sagen wir hierdurch unsern
herzinnigsten Dank.

Wendischfähre, den 1. Dezember 1918.

Der tieftrauernde Gatte und Kinder.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres heißgeliebten, unvergesslichen Gatten, Vaters und Sohnes

Otto Liebethal

drängt es uns, allen lieben Verwandten, Freunden, Nachbarn, Hausbewohnern und Bekannten, insbesondere Herrn Rudolf Fischer, Postlewis, dem Holzarbeiter-Verein, dem Grenzschutz für das freiwillige Tragen, sowie der Familie Grief für ihre liebevollen Bemühungen

aufs herzlichste zu danken.

Besonderen Dank Herrn Blauer Hesselbarth für die frostreichen Worte am Sarge, sowie Herrn Oberstabsarzt v. Bodmann für sein rastloses Bemühen, uns den Verstorbenen ins Leben zurückzurufen. Gott bewahre jeden vor so schwerem Schlag.

In tiefster Trauer

Schandau, den 1. Dezember 1918

Lina Liebethal nebst Tochter und Mutter.

Dir aber, lieber Otto, ruhen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ in Dein allzufrühes Grab nach.

Buch-Romane zum Einbinden

werden stets angenommen in der
Sächsischen Elbzeitung.

Kindertote junge Leute
suchen
zum 1. Januar schöne, sonnige
Wohnung

Preisofferten an die Geschäftsst. d. Bl.

Parterre-Wohnung
sodort oder Ostern 1919 zu vermieten
Elbstraße 64.

2. Etage
ist zu vermieten und 1. April 1919
zu beziehen bei

Max Eisoldt.

Besuchskarten werden schnell angefertigt. Sächs. Elbz.

Begrüßungs-Plakate

für die heimkehrenden Krieger
für Häuser, Straßen
und Türschmuck

empfiehlt

die Sächsische Elbzeitung.

Für sofort tüchtiges
Hausmädchen

bei gutem Lohn gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle
der Sächs. Elbzg.

Hausmädchen,

Reiflich u. ehrl. nicht unt. 17 Jahren,
sucht für 1. Jan. od. später bei gutem
Lohn Frau S. Hauschild, Poststr.



Gewerbe-Verein.

Generalversammlung,
Freitag,

d. 6. Dez. 1918,

abends 9 Uhr, in Pöhlers
„Lindenhof“.

Tagesordnung:

Rassenbericht, Jahresbericht,

Wahlen, Arbeitsplan, Anträge.

Um zahlreichen Besuch bittet

der Vorstand.

**Knochen- und Kaffeemühlen,
Haarschneidemaschinen,
Rasierapparate,
Rasierklappen,**

Schleifen von solchen, sowie Messern,
Scheren etc. wird bestens ausgeführt
durch

Albert Knüpfer.

Nähfaden,

schwarz und weiß,
für Hand und Maschine
empfiehlt

Industriewerke „Astoria“
Leipzig-R. 13.

Zu verkaufen:

1 Kleiderschrank zum Auseinandernehmen, 1 Wäsche- u. 1 Bücherschrank, 3 Kommoden, 1 Kleiderständer, 1 Waschtisch mit Holzplatte, 1 Fenstertritt, 1 Bettstelle ohne Matratze, 1 Federbett, 1 Rauchservice, 1 Kaffeeservice (echt Meißner), 1 Real und 1 Realschrank für Konserven, 4 fast neue Bänke, Länge 1,74 und 1,39 Meter (für Landwirte geeignet).

Osw. Seliger, Schandau.



Dresden

Scheffelstr.

ist die richtige
Quelle für
Straußen-

Federn.

Prima beste „Atama“-Straußenfedern
kosten: 30 cm lang 3 M., 35 cm 4 M.,
40 cm 5 M., 45 cm 6 M., 45 cm 8 M.,
47 cm 10 M., 50 cm 12 M., 52 cm 15 M.,
55 cm 18 M., 60 cm 25 M., — —
„Atama“-Edelstraußenfedern
kosten: 30 cm 9 M., 35 cm 12 M.,
40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm
30 M., 55 cm 42 M., 60 cm 48 M.
Schmale Straußenfedern, nur ca. 10 cm
breit, kosten ca. 20 cm lang 30 Pf.,
34 cm 50 Pf., 40 cm 1 M., — 15 bis
18 cm breite Federn kosten ca. 1/2 m
lang 3 M., alles echt Strauß, hutfertig.
— Reiter, echt und imitiert, 1 M.,
2 M., 3 M. bis 300 M. — Blumen-
ranken, Eichen-, Wein- u. Lorbeer-
ranken in Grün, Silber und Gold,
Vasenblumen, Gold- und Silber-
myrthenkränze usw. Preisliste frei.

Kleines Landhaus oder Villa

ungefähr 10 Zimmer, gegebenenfalls
auch mit Einrichtung für Kurgäste,
mit Obst- und Gemüsegarten, für
bald oder später

zu pachten gesucht.

Angebote erbeten an Max Schulze,
Schandau, Marktstraße 14.

Fleißige Hausarbeiterinnen

suchen sofort
Mitzscherling & Meinhardt,
Sebnitz i. Sa.

Lehrling

sucht für Eltern
Carl Cammerer,
Klempnermeister.

Schandau, Hegenbarths Gasthaus

Dienstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr:

Gastspiel der Opern-Abteilung des

Theaters der Feldgrauen

veranstaltet vom Stellv. Generalkommando XII.

(Nur Berufs-Sänger und -Sängerinnen.)

Sämtliche männlichen Mitglieder des Theaters stehen im Heeresdienst.

Zur Aufführung kommt:

Trau, schau, wem!

Singspiel in 1 Aktung von Felix Menck, Musik von H. Maurice.

Dorothea

Operette in 1 Akt von J. Offenbach.

Preise der Plätze: Sperrig (nummer.) 2 Mk., 1. Platz 1,50 Mk.,

2. Platz 1.— Mk.

Im Vorverkauf: 1,75 Mk., 1,25 Mk. und 0,75 Mk.

Der Kartenvorverkauf befindet sich im

Zigarengeschäft von Schönherr.

Der Reinertrag des Gastspiels steht dem Stellvertretenden
Generalkommando XII für Kriegswohlfahrtszwecke zur
Verfügung.

Weihnachten in der Krankenstube.

In dieser ersten Zeit bitten wir um

Weihnachtsgaben

für die Armen unter unseren Pfinglingen,

damit unsere Schwester nicht mit leeren Händen am Weihnachtsabend zu denen kommt, die die doppelte Last von Armut und Krankheit zu tragen haben.

Gaben werden dankbar entgegengenommen von der Gemeindefrau und auch vom Pfarramt. —

In der kalten Jahreszeit empfehlen als
Heißgetränk

ff. Punsch

Gebrüder Schrey, Akt.-Ges.,

Niederlage Königstein, Fernsprecher Nr. 3.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Hundstücken versehenen Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Empfangsbekundung zuzuführen. Ueber den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie beim Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist damit zu rechnen, daß in Anbetracht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transportverhältnisse, dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., nicht ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts Näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht machen kann.

Die Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellten, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission

Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichtentruppen)
Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

Trauerbriefe und Trauerkarten fertigt schnell an
Druckerei d. Ztg.

Deutsche Nationalversammlung.

433 Abgeordnete.

Für die am 16. Februar n. J. anberaumten Wahlen können für Frauen und Männer getrennte Wahlkreise angelegt werden. Jeder Stimmbezirk soll durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner umfassen. In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der mit dem Wahlkommissar über die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlages usw. verhandelt. Die Prüfung des Abstimmungsresultates muß spätestens am folgenden Tage erfolgen. Die in der Verordnung festgesetzten 38 Wahlkreise sind folgende:

Table with 3 columns: No., Name of the constituency, and Number of voters. Lists 38 constituencies across various German provinces like Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, etc.

Die Wahlordnung bestimmt, daß die Wahlkommissare unverzüglich ernannt werden müssen, die Ernennung ist öffentlich bekanntzumachen. Der Wahlkommissar hat spätestens vier Wochen vor dem Wahltag zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch eine Bekanntmachung aufzufordern. Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vor-mittags und endet abends 8 Uhr. Der Wahlkommissar hat die Gewählten von 8er auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären. Schweigen oder Annahme unter Vorbehalt oder Verwahrung gilt als Ablehnung.

Programmpredn.

Rehrheitssozialisten und Deutsche Demokraten. Berlin, 2. Dezember.

Zu einer großen politischen Kundgebung hatten gestern die Mehrheitssozialisten Groß-Berlins aufgerufen. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der große Saal des Weinhauses Rheingold einschließlich der Tribünen von Männern und Frauen aller Berufsgruppen dicht gefüllt. Von der Versammlung lebhaft begrüßt, nahm als erster Redner der Volksbeauftragte Ebert das Wort, um über Ziele und Aufgaben der Revolution zu sprechen.

Die Revolution, so führte er aus, dürfe unter keinen Umständen zur Diktatur werden. Der Weg, den die Sozialdemokratie zu beschreiten habe, sei im Erfurter Programm genau vorgezeichnet. Die Sozialdemokratie kämpfe nicht für eine neue Klassenherrschaft, sondern für das gleiche Recht aller. Ihr Ziel sei die Befreiung der ganzen Menschheit. Die Hauptaufgabe der Nationalversammlung werde sein, das deutsche Volk aufs neue zu einigen und zu festigen. Dann müsse die Nationalversammlung den endgültigen Frieden bringen. Die Sozialdemokratie sei entschlossen, eine Sozialisierung unserer Industrie so weit und so bald als möglich zur Durchföhrung zu bringen. Die Regierung sei entschlossen, den Kapitalismus in seinen Auswüchsen zu beseitigen. Die Kriegsgewinne müßten rückwärtslos eingezogen, die Erbschaftsteuer zum Nutzen der Republik weit ausgebaut werden. Ordnung, Disziplin und Arbeit seien die Grund-sätze für den Neuaufbau. Jede Rutschpolitik müsse abgelehnt und bekämpft werden.

Unter den Ausführungen des zweiten Redners, Braun, Unterstaatssekretärs im Landwirtschaftsministerium, verbänden die Mitteilungen über die geplanten und in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen der landwirtschaftlichen Verwaltung bei weitem das größte Interesse. Die Hauptaufgabe, sagte er, liege darin, die ungeheuer ausgedehnten Ob- und Moorländereien im preussischen Staate zu kultivieren. Ein Vorkaufsrecht des Staates bei Landgütern solle festgelegt werden.

Eine zum Schluß zur Annahme gelangte Entschließung begrüßte den Beschluß der Regierung, die Wahlen zur Nationalversammlung auszuschreiben und betonte den Willen, die Regierung in ihrem Kampf mit voller Energie zu unterstützen.

Während in dieser Weise der Bezirk Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Ziele und Wege der Revolution festlegte, strömten im Circus Busch Hunderte und aber Hunderte Männer und Frauen aller Stände zusammen, um zu hören, was die neue Deutsche demokratische Partei ihren Anhängern zu sagen hatte. Als erster Redner nahm der Handelsminister Fischbeck das Wort, um vielfach von stürmischem Beifall unterbrochen, sich über die Stellung der neuen Partei zur neuen Zeit zu äußern. Mehr als je, erklärte er, sei ein enger Zusammenschluß aller Staatsbürger notwendig. Die Deutsche demokratische Partei wolle Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes pflegen, nicht aber einen umstürzenden und zerstörenden Sozialismus. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß in der Republik und der Demokratie nur ein freies und gleiches Wahlrecht möglich sei, und sei natürlich gegen alle Ausnahmegeretze.

Nach Fischbeck sprach Prof. Alfred Weber-Weidberg: Die Deutsche demokratische Partei sei nicht gegründet, um die Verschmelzung zweier alter Parteien vorzunehmen. Es sei vielmehr etwas Neues im Entstehen. Es sei auch falsch, daß man die Deutsche demokratische Partei, wie es vielerorts geschieht, als eine Partei für Bürgerliche bezeichne. Sie wolle vielmehr eine Partei für das ganze deutsche Volk sein. Aber unter welchen Umständen! Es treibe einem die Schamröte ins Gesicht, wenn man daran denke, daß sich im Augenblick deutsche Großindustrielle in Spaa befänden, um dort mit den Franzosen zu verhandeln, wie man das deutsche Rheinland dem Feinde zuföhren könne. Die Grundzüge der alten Regierung seien Anbetung der Macht, Militarismus, Kapitalismus und Alldemismus gewesen. Hinter unserer Außenpolitik habe keine Weltliebe gestanden, und unsere innere Politik sei nichts als ein Geschäftemachen innerhalb der Parteien gewesen. In unserem demokratischen Zeitalter müsse der politisch gleichberechtigte Mensch auch sozial gleichberechtigt sein. Der von der Sozialdemokratie erstrebte internationale Zusammenschluß der Völker sei nur als Kulturbund möglich. Nur auf diesen Grundlagen lasse sich der Völkerbund errichten, der andernfalls nichts anderes als ein Knechtungsmittel des Angelfachsentums zur Aufrichtung seiner Welt Herrschaft sei.

Nachdem noch Fr. Elise Lüders über Stellung der Frau in der Deutschen demokratischen Partei und der Vorsitzende der deutschen Gewerksvereine Gustav Hartmann über die vielfach so falsche Bewertung des deutschen Arbeiters gesprochen haben, ergriff als letzter Redner Unterstaatssekretär v. Gerlach das Wort, um darzulegen, daß das deutsche Volk ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft Europa werden müsse, aber keine Vorzugsstellung beanspruchen dürfe. Es sei, so schloß er, sein lebhaftester Wunsch, daß in der Nationalversammlung die Demokraten und Sozialdemokraten ein Koalitionskabinet bildeten, an dessen entschlossenem Widerstand jeder Versuch einer Gegenrevolution scheitern müsse.

Fochs unerfüllbares Ultimatum.

Verletzung des Waffenstillstandes.

Schon seit einiger Zeit war es unverkennbar, daß die von amerikanischer und englischer Hilfe mit in die Reihe der Sieger gestellten Franzosen im Übermutrausch des Erfolges die Waffenstillstandsbedingungen derart zu deuten und zu drehen verachteten, um Anlaß zu weiteren Streitigkeiten zu finden. So hatte Foch bekanntlich die Forderung nach Auslieferung der stärksten und besten Lokomotiven erhoben, obwohl davon im Waffenstillstandsvertrag nichts gesagt war und diese Forderung dem Sinn der Abmachungen absolut nicht entsprach.

Marschall Foch sandte Sonntag ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum an die deutsche Regierung, in welchem er die Auslieferung der schwersten Lokomotiven verlangte. Dieses Ultimatum ist Montag um 10 Uhr morgens abgelaufen.

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger, hat gegen dieses Vorgehen des Generalissimus Foch entschiedenen Einspruch erhoben und erklärt, daß es unmöglich sei, dieser Forderung nachzukommen, selbst wenn das deutsche Wirtschaftsleben in die völlige Unordnung gestürzt würde, um die stärksten Lokomotiven herauszufinden und aus dem Verkehr zu ziehen. Staatssekretär Erzberger hat einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der dahin geht, daß an die Franzosen sämtliche in Reparatur befindlichen Lokomotiven ausgeliefert werden, was aber nicht vor dem 1. Februar der Fall sein kann.

Unberechtigte Absperrung des Saarreviers.

Foch hat eine absolute Grenzsperrung über Elsaß-Lothringen einschließlich der preussischen Gebiete von Saarbrücken und Saarlouis verhängt. Das bedeutet, daß in den gesperrten Gebieten Wahlen zur Nationalversammlung nicht vorgenommen werden können, und daß die Saarrolle für und versorengeht.

Diese Grenzsperrung ist die schlimmste Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen, die überhaupt von Seiten der Franzosen bis jetzt verübt worden ist. In Nachen haben die Franzosen Kontributionen erhoben und Geiseln stellen lassen. Das ist ebenfalls gegen die ausdrücklichen Abmachungen der Waffenstillstandskommission.

Will Foch nach Berlin marschieren?

Der Vorwärts bemerkt zu dem Gewaltvorgehen Fochs: Der Versuch des französischen Generalissimus Foch, seinen Triumph mit dem Einzug in Berlin zu krönen, war schon längst erkennbar. Er steht in diesem Augenblick vielleicht schon vor seiner Verwirklichung. Die Befehle Deutschlands

ist unter den gegenwärtigen Umständen kein militärisches Kunststück. Sie ist auch in keiner Weise eine politische Notwendigkeit. Sie könnte es höchstens in dem Sinne sein, daß die sozialistisch-sozialistische Dpport'on im Westen durch eine letzte, höchste Aufspaltung der nationalpolitischen Verbände niedergeschlagen werden soll. Generalpolitik, sei es deutsche oder französische, kann der Welt kein Glück und keinen dauernden Frieden, sondern nur immer neues Unheil bringen. Verhört man in uns das Vertrauen in die internationale Gerechtigkeit, so bleibt uns nur das Vertrauen in die Kraft unseres Volkes, die unsersicherbar ist!

Verschiedene Meldungen.

Amsterdam, 2. Dez. Aus Lorenzo Marques meldet Reuters offiziell, daß v. Lettom-Borbed sich mit 20 Offizieren, 25 Europäern, 1165 Askaris, 1516 Lastträgern, 482 portugiesischen und Eingeborenen-Lastträgern, 13 Säuglingen, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergeben hat. Die Askaris wurden nach Tabora und die Deutschen nach Darbacht befördert.

Swinemünde, 2. Dez. In die zuständigen Hafenämter an der deutschen Nordsee- und Ostküste ist die Mitteilung gekommen, daß in den nächsten Tagen von England englische Schiffe in deutschen Häfen eintreffen werden, um die in Deutschland gefangenen Engländer in die Heimat zurückzubringen.

Kiel, 2. Dez. Gestern nachmittag ist eine Flottille von 12 englischen Verdürrern in Libau angekommen. Die englische Marinekommission trifft morgen in Wilhelmshaven ein.

Kraus, 2. Dez. Das Lemberger Militärkommando ordnete an, daß alle Offiziere und Soldaten der deutschen Armee binnen 48 Stunden die Stadt und ihre Umgebung verlassen, ferner daß die ohne Bewilligung der Militärbehörden organisierten jüdischen Abteilungen in Lemberg aufgelöst und entwaffnet werden.

Bern, 2. Dez. Nach der 'Daily Mail' ist die Abreise des Admirals Browning mit einem Marineausflug der Verbündeten auf einem englischen Geschwader nach Kiel, wo sie die Krüstung der deutschen Flotte überwachen wollen, wegen Minengefahr verschoben worden.

Nah und Fern.

Universitätslehrgänge für Kriegsteilnehmer. Ein fobes vom Ministerium den Provinzialschulkollegien zugehender Erlaß bestimmt, daß für Kriegsteilnehmer besondere Lehrgänge an den Universitäten zur Wiedereinföhrung in die Wissenschaft eingerichtet werden.

Beim Spielen mit Sprengkörpern schwer verletzt. Mehrere Kinder spielten auf dem Truppenübungsplatz der Minenwerfer in München mit aufgefundenen Sprengkörpern, die sich hierbei entzündeten. Vier Knaben wurden sehr schwer verletzt und sanden ihren Tod.

An der holländischen Grenze erschossen. Ein aus dem Felde heimgekehrter Nachener Bürger wurde, als er in Begleitung seines Bruders bei Baals die Grenze überschritt, von einem holländischen Volkssoldaten erschossen. Den Schuß des Volkswächters haben die beiden Brüder vermutlich überhört.

Errichtung eines Reichsflustamts. Das Reichs-gesetzblatt veröffentlicht folgende Verordnung des Rates der Reichsbeauftragten: Bis zum Erlaß eines Gesetzes über die Regelung der Luftfahrt ordnet das Reichsamt des Innern provisorisch die Verhältnisse der Luftfahrt. Zur Ausführung dieser Aufgabe errichtet es ein Reichsflustamt. Dem Kriegsminister liegt es ob, zur Sicherung der Anordnungen eine militärische Flugüberwachung einzurichten.

Gewalttame Befreiung von Blünderern in München. In München wurden 14 wegen Blünderens in die Militär-arrestanstalt eingelieferte Soldaten von 50 bis 60 Soldaten unter Führung mehrerer Frauen gewaltsam befreit. In einigen Bureaus rissen sie die Telephonapparate herunter und ließen sich auch noch grobe Ausschreitungen aufschulden kommen. Bewaffnete, die in einem Militärauto die Stadt durchföhren, erzwangen unter Drohungen die Entfernung der zur Begräbung der heimkehrenden Truppen aus-gehängten deutschen Fahnen.

Die Auflösung des Nichthofen-Geschwaders. Das berühmteste deutsche Jagdgeschwader Nichthofen demobilisiert zurzeit in Nischaffenburg. Seit Gründung des Geschwaders haben die in ihm vereinigten Jagdstaffeln über 900 Abschüsse erzielt, 118 Offiziere und 4 Mannschaften durch Tod verloren und über 1300 Offiziere durch schwere Verwundung eingebüßt. Nicht weniger als 39 Offiziere sind Träger des Pour le mérito. Die erste Forderung des Franzmannes bei den Waffenstillstandsverhandlungen war die Auslieferung dieser rotgestrichenen verhassten Flugzeuge.

Das Ende der Dorpater Deutschen Universität. Mit dem Schicksal des Baltensandes scheint sich nun auch das der deutschbaltischen Universität in Dorpat zu erfüllen. Der Dorpater Traum ist nahezu ausgekräumt: wir warten auf unsern Abtransport, so schreibt einer der an die Dorpater Universität berufenen deutschen Professoren der 'Deutschen Medizinischen Wochenschrift'.

Eine Weltuniversität in Norwegen. In Christiania soll nach Friedensschluß eine Weltuniversität zur Ver-föhrung der Völker errichtet werden. Die Kosten werden auf 10 Millionen Kronen berechnet, und die Nobel-Stiftung erklärt sich bereit, mindestens einen erheblichen Teil dieser Summe zu übernehmen. Zu den Förderern des Planes gehören vor allem hervorragende skandinavische Pazifisten sowie der bekannte französische Schriftsteller Roland Roman.

Ein Putschversuch in Glas. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend versuchten etwa 50 bis 60 Soldaten, die eine Waffenkammer erbrochen und sich bewaffnet hatten, einen Putsch. An ihrer Spitze stand ein gewisser Kröber, der in Spandau eine Strafe verbüßt hatte und durch die Revolution befreit worden war. Der Zug wandte sich zur Mollke-Kaserne, wo sich, auf die Kunde vom Herannahen der Demonstranten, Soldaten mit Maschinengewehren aufgestellt hatten. Als auf die Aufforderung: Hände hoch! Gewehre hinwerfen! aus den Reihen der Aufrehrer Schüsse fielen, antworteten die Soldaten mit Maschinengewehrfire. Zwei der Rädel-sführer wurden schwer verletzt; einer von ihnen ist seinen Verletzungen erlegen. Kröber und zwei weitere Rädel-sführer sind verhaftet und werden vom Standgericht Schweidnitz abgeurteilt werden.

Eine Million Rubel geraubt. Sechs bewaffnete Räuber drangen als deutsche Soldaten verkleidet in das deutsche Generalkommando in Dorpat und raubten eine Million Rubel in Hundert- und Tausendrubelscheinen. Es gelang den Tätern unerkannt mit ihrer Beute zu entkommen.

o Vor dem dritten Akt der Operette „Polenblut“ protestierte im Karlsruher Landestheater einer der vielen anwesenden Frontsoldaten energisch, daß feindliche Kriegsgefangene in voller Uniform im Theater sitzen, während unsere deutschen Brüder noch hinter dem Stachelkraut schmachten müßten. Seine Worte fanden starken Beifall. Die Engländer, nur solche waren anwesend, verließen das Theater.

o Gestohlene kaiserliche Juwelen. In Christiania hat die Polizei bei einem gewissen Johann Nagurski ein goldenes Kästchen mit Diamanten beschlagnahmt, das die Initialen Kaiser Franz Josefs trägt und ein ähnliches Kästchen mit dem Namenszug Kaiser Wilhelms, ferner ein goldenes Nigarrenetui mit dem kaiserlich-deutschen und russischen Wappen. Die beschlagnahmten Gegenstände sind etwa 600 000 Kronen wert.

o In der Notwehr erschossen. Die Schweidnitzer Tgl. Adsch. meldet folgendes Vorkommnis aus Wilsau, Kr. Striegau: Ein dort stationierter Wachmann des Kriegsgesangenen-Kommandos begab sich mit geladenem Gewehr in die Wohnung eines Arbeitgebers und suchte bei diesem Forderungen durchzubrühen. Es entspann sich eine erregte

Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Wachmann das geladene Gewehr emporriß und einen Schuß auf den Arbeitgeber abfeuerte. Der Schuß verfehlte sein Ziel. Als der Wachmann nochmals das Gewehr lud, setzte sich der Bedrohte mit einer Pistole zur Wehr. Sein Schuß traf den Angreifer in den Oberbauch und zerriß ihm die Schlagader, so daß er bald darauf verstarb.

Volkswirtschaft.

* Abfahrverbot von Grün- und Weißkohl. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat angeordnet, daß Grünkohl und Dauerweißkohl erst vom 15. Dezember ab im Gebiet des Deutschen Reiches abgesetzt werden dürfen, und daß Zuwiderhandlungen strafbar sind; auch auf Einziehung der ohne Genehmigung abgesetzten Waren kann erkannt werden.

* Eine Sammelstelle für Erfahrungen mit Ersatzstoffen ist unter Beteiligung angelegener technischer und industrieller Vereine in der königl. Maschinenbauanstalt in Offen eingerichtet worden. Die Sammelstelle beabsichtigt die Sammlung von Probestücken und bezüglichen Druckschriften.

* Weinpreise an der Mosel. Von der Mosel wird berichtet: Während bis vor kurzem die Trauben ziemlich höher im Preise standen als in Friedenszeiten, sind sie heute auf

das Vierfache gesunken. Ähnlich ist es mit dem Wein selbst. Was am Tage vorher im Fuder noch 7000 bis 8000 Mark kostete, was ängstlich zurückgehalten wurde, das wird beinahe eilig ausgedoten und um ein Drittel billiger abgegeben als zuvor. Die Weinwirte, die ihre Keller voll haben, geben heute den Schoppen Wein für 1 bis 1,50 Mk. zum Ausschank, während sie vor einigen Tagen noch 2,80 bis 3,50 Mark für die gleiche Menge und Güte verlangt haben.

* Arbeitsaufnahme im Kohlenrevier. Der B. S. am Mittag wird aus dem oberschlesischen Kohlenrevier berichtet, daß die Lage jetzt fast wieder normal sei. Von einer halben Million Grubenarbeitern befanden sich nur noch etwa 1100 im Ausstand. Es wird erwartet, daß auch diese baldigst zur Arbeit zurückkehren werden, und es besteht die Hoffnung, daß der wirtschaftliche Friede in absehbarer Zeit nicht wieder gestört werden wird.

* Bevorstehende Freigabe von Ziegeln. Wie eine Berliner Korrespondenz erfahren haben will, kann mit der Aufhebung der Beschlagnahme der Ziegelindustrie in aller nächster Zeit gerechnet werden. Der Freigabe von Ziegeln sollen jedoch schon jetzt nach Möglichkeit keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden, da von behördlicher Seite der größte Wert auf eine Förderung der Bautätigkeit gelegt wird.

Fortsetzung des amtlichen Teiles aus dem Hauptblatt.

Höchstpreise für Gemüse.

Mit Wirkung vom 1. Dezember ab werden mit Zustimmung und im Auftrage der Reichsstelle für Gemüse und Obst die unter I der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 11. November d. J. — Nr. 2123 V G 2 in Nr. 265 der Sächs. Staatszeitung vom 13. November 1918 — aufgeführten Höchstpreise wie folgt abgeändert:

	Erzeugerpreis:		Gruppe I		Gruppe II		Gruppe III	
	(Vertragspreis Ware)	(Vertragspreis Ware)	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
Pfennige je Pfund								
1. Weißkohl	4.75	5	10	14	8.5	12	7	10
2. Dauerweißkohl vom 15. Dezember ab	5.75	6	11	15	9.5	13	8	11
3. Dauerrotkohl	9.50	10	16	20.5	14	18.5	13.5	17.5
4. Dauerwirsingkohl	8	9.5	15.5	20.5	13.5	18.5	12	15.5
5. Grünkohl vom 15. Dezember ab	8	8.5	15	20	13	18	11.5	16
6. Rote Möhren u. längl. Karotten (ohne Kraut)	7.25	7.75	13.25	18	11.50	17	9.75	14
7. Gelbe Möhren (ohne Kraut)	5.50	5.75	10.75	16	9.25	13	7.25	10
8. Weiße Möhren (ohne Kraut)	8	3.75	8.25	12	6.75	10	5.25	8
9. Kleine, runde Karotten	12.75	—	18.75	26	17.25	24	15.75	22
10. Rote Rüben (rote Beete)	7.75	8.75	12.75	18	11.75	17	10.75	16
11. Weiße Kohlräben	2.35	—	5.75	9	5.25	8	5	7
12. Gelbe Kohlräben	3.60	—	7.5	11.5	6.6	9.5	6	9
13. Zwiebeln (ohne Kraut) mit Sack	17.5	18	26	34	24.5	32	23.5	31
14. Herbst-, Wasser-, Stoppelrüben, Mairüben	2.1	—	3.6	7	3.1	6	2.9	5.5
15. Runkelrüben (Futterrunkelrüben)	2.1	—	3.8	7	3.1	6	2.9	5.5
überdies:								
16. Spinat	18	23	30					

Die Erzeugerhöchstpreise umfassen die Kosten der Beförderung zur nächsten Verladestelle und der Verladung, sowie die Vergütung für besondere Aufwendungen des Anbauers an Arbeit oder an Kosten für Aufbewahrung (Einmieten, Einkellern und dergl.).

Die Preise gelten für gesunde, marktfähige Handelsware.

Grünkohl und Dauerweißkohl dürfen erst vom 15. Dezember 1918 ab abgesetzt werden.

Unter Gruppe I fallen die Kommunalverbände: Dresden-Stadt und -Land, Leipzig-Stadt, Chemnitz-Stadt, Plauen-Stadt.

Zu Gruppe II gehören die Kommunalverbände: Annaberg, Auerbach, Baugen-Stadt, Chemnitz-Land, Döbeln, Freiberg-Stadt, Freiberg-Land, Flöha, Glauchau, Großenhain, Leipzig-Land, Marienberg, Oelsnitz, Pirna, Plauen-Land, Rochlitz, Schwarzenberg, Stollberg, Zittau-Stadt und -Land, Zwickau-Stadt, Zwickau-Land.

Die Preise der Gruppe III gelten für die Kommunalverbände Baugen-Land, Borna, Dippoldiswalde, Grimma, Löbau, Meißen-Stadt und -Land, Oschatz, Ramenz.

Die Kommunalverbände sind berechtigt und nach Befinden verpflichtet, niedrigere Groß- und Kleinhandelshöchstpreise, als in ihrem Bezirk nach den Bestimmungen unter I und II Geltung haben würden, festzusetzen.

Auf jeden Fall sind sie verpflichtet, binnen 8 Tagen die in ihrem Bezirk nunmehr gültigen Preise — gleichgültig, ob sie von der Befugnis der Senkung der Handelspreise Gebrauch machen oder nicht — nochmals bekanntzumachen.

Dresden, am 29. November 1918.

Arbeits- und Wirtschafts-Ministerium.

5447
2197 V G 2

727 W. M. II.

Verteilung von Beifutter.

Für die Monate Dezember 1918 und Januar 1919 findet eine neue Verteilung von Beifutter statt.

Bedacht werden nur Pferde und Zugochsen, die in volkswirtschaftlich wichtiger Weise in Industrie, Handels- oder Gewerbebetrieben sowie im öffentlichen Dienste tätig sind.

Die Verteilungsmenge beträgt für das Tier auf die obengenannte Zeit 4 Zentner.

Tierhalter, die bei der Verteilung berücksichtigt werden wollen, haben einen entsprechenden Antrag an die Amtshauptmannschaft bis zum 10. Dezember 1918

zu richten.

Auf dem Antrag ist die Anzahl der in Betracht kommenden Pferde und Zugochsen sowie die Art des Betriebes, in welchem diese tätig sind, anzugeben. Die Anträge sind von der Ortsbehörde bescheinigen zu lassen.

Auf Grund der anerkannten Anträge gibt die Amtshauptmannschaft Bezugsscheine aus, die bei der Fa. Rudolf Goetze in Pirna, Reitbahnstraße, einzulösen sind.

Pirna, am 27. November 1918.

Der Bezirksverband.

M. W. III.

Verwertung notgeschlachteter Tiere.

Auf Grund der Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 20. Juni 1918 — Sächsische Staatszeitung Nr. 144 — wird für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna, einschließlich der Städte mit revidierter Städteordnung, bestimmt:

1. Das aus Notschlachtungen von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen sowie von Ferkeln und Schafflämmern, soweit sie dem Beschauzwange unterliegen, gewonnene nichtbankwürdige Fleisch wird ausschließlich vom Bezirksverband zur Verwertung übernommen.

Das gleiche gilt für das aus gewerblichen Schlachtungen gewonnene nichtbankwürdige Fleisch.

2. Die Gemeinden sind nicht berechtigt, von sich aus über die Verwertung solchen Fleisches zu verfügen.

Bankwürdiges Fleisch ist zur Deckung des allgemeinen Fleischbedarfs den Zentralschlachtstellen zuzuführen.

3. Der Bezirksverband übernimmt das ganze notgeschlachtete Tier einschließlich der Haut, des Blutes und der Inneren, mit Ausnahme jedoch der unschädlich zu beseitigenden Teile.

Der mit der Abholung des Fleisches vom Bezirksverband Beauftragte hat über die von ihm übernommene Fleischmenge dem Viehhalter eine Empfangsbcheinigung auszuhandigen.

Die Bezahlung des übernommenen Fleisches erfolgt durch Vermittlung der Gemeindebehörde gegen Rückgabe der vorerwähnten Empfangsbcheinigung.

4. Auf Antrag kann dem Viehhalter das Fleisch notgeschlachteter Tiere belassen werden, wenn die sonstigen Voraussetzungen für eine Hauschlachtung erfüllt sind, und wenn nicht anzunehmen ist, daß die Notschlachtung nur zur Umgehung der Genehmigungspflicht der Schlachtung herbeigeführt worden ist.

Ein solcher Antrag ist unter Benutzung des für Anträge auf Genehmigung einer Hauschlachtung vorgeschriebenen Vordrucks zu stellen.

Das Fleisch wird dem Viehhalter nach denselben Sätzen angerechnet, wie das aus einer Hauschlachtung herrührende Fleisch.

5. Von jeder Notschlachtung hat der Fleischbeschauer oder der mit der Sache beauftragte Tierarzt dem Bezirksverband, wie schon bisher, binnen 24 Stunden nach Vornahme der Beschau eine schriftliche Anzeige nach dem vorgeschriebenen Vordruck zu erstatten. Außerdem ist von ihm sofort nach der Beschau auf kürzestem Wege eine vorläufige Anzeige an die Gemeindebehörde zu erstatten, die gleichfalls auf kürzestem Wege (telephonisch, telegraphisch) die Entschließung des Bezirksverbandes wegen Übernahme des Tieres einzuholen hat.

Aus der von dem Fleischbeschauer oder Tierarzt zu erstattenden schriftlichen Anzeige muß ersichtlich sein, welche Teile des Tieres als ungenießbar beseitigt worden sind.

6. Die Vorschriften über die staatliche Schlachtviehverversicherung werden durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt; insbesondere bedarf es nach wie vor der Abfassung einer Niederschrift über den Entschädigungsanspruch des Viehhalters an die staatliche Schlachtviehverversicherung nach dem hierfür vorgeschriebenen Vordruck.

Die Niederschrift ist binnen 24 Stunden zunächst dem Bezirksverband einzureichen, der sie mit einer Berechnung über die Verwertung des Fleisches alsbald an die Gemeindebehörde zurückzugeben wird.

Die Weitergabe der Niederschrift an die Anstalt für staatliche Schlachtviehverversicherung hat unter Beifügung der dazu gehörigen Nachweise (Beanstandungsscheine, Ursprungszeugnis usw.) sowie der Abrechnung des Bezirksverbandes durch die Gemeindebehörde zu erfolgen.

7. Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Pirna, am 27. November 1918.

Der Bezirksverband.